

Schrumpfende Städte: Chancen der Einwanderung

Eberhard von Einem

Quadratur des Kreises

Ein Riß verläuft quer durch das Land. München und Leipzig, Karlsruhe und Magdeburg, Lüneburg und Görlitz ... das sind getrennte Welten. Die Herausforderungen, denen die Oberbürgermeister hier wie dort gegenüberstehen, sind nicht mit dem gleichen Maßstab zu messen. Die Aufgaben, die die einen plagen, sind den anderen völlig unbekannt.

Auf den ersten Blick scheint es Gemeinsamkeiten zu geben. West- wie ostdeutsche Städte erwarten für die Zukunft abnehmende Einwohnerzahlen. Hier wie dort nimmt zunächst die Zahl der Haushalte noch zu; erst nach 2010 sind auch diese aufgrund der demographischen Überalterung und zu geringer Geburtenzahlen rückläufig. Hier aber enden die Gemeinsamkeiten, denn schon das Ausmaß des demographischen Wandels fällt in beiden Landesteilen unterschiedlich zu. Zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt führt die Situation aber nur im Westen, während sich im Osten Überangebote von einer Million Wohnungen aufgebaut haben.

Viele – nicht alle – Städte im Westen Deutschlands rufen deshalb nach vermehrter Ausweisung von Bauland (vor allem für die Innenentwicklung), sie aktivieren ihre Flächenreserven und planen zusätzliche Wohnbauvorhaben; sie warnen vor den Folgen zurückgehender Baugenehmigungszahlen im Mietwohnungsbau und erwarten für die Zukunft drastisch steigende Mieten. Erneut rücken die Verdrängten des Wettbewerbs auf den Wohnungsmärkten in den Mittelpunkt der Kommunalpolitik, denen die Sorge der sozialen Stadtentwicklungspolitik gilt.

Alle unterzubringen, die in den Zukunftsbranchen Arbeit finden, von diesem Problem ist der Osten weit entfernt, wo es zuallererst einmal an Arbeitsplätzen fehlt. In den ostdeutschen Städten stellen sich – obwohl es auch hier graduelle Unterschiede gibt – ganz andere Herausforderungen: Wie läßt sich die erneut anschwellende Abwanderung in den Westen einerseits und ins Umland andererseits stoppen? Wie lassen sich die vorhandenen Wohnungen füllen, die Liquiditätsprobleme der kommunalen Wohnungsunternehmen abwenden und das Schrumpfen der Städte als Chance des Umbaus nutzen? Was kann der Perspektivlosigkeit bei Langzeitarbeitslosen und vielen Jugendlichen entgegengesetzt werden, denen der Einstieg ins Berufsleben verwehrt wird? Darauf Antworten zu finden gleicht der Quadratur des Kreises.

Die fatale Logik des Steuernsparens

Dieser Beitrag richtet das Augenmerk gen Osten. Nachdem der östliche Teil Deutschlands zunächst aufzuholen schien, verschlechtert sich die Lage in vielen ostdeutschen Städten seit einigen Jahren wieder dramatisch. Die Bundesrepublik ist an der sich zuspitzenden Lage der ostdeut-

schen Städte nicht unschuldig, da sie nach 1990 mit einer Reihe umstrittener politischer Entscheidungen die heutigen städtischen Probleme mitverursacht hat: Zwar hat sie mit massiven Finanzhilfen die Modernisierung der technischen Infrastruktur ermöglicht. Das Gebot der Rückgabe vor Entschädigung, verbunden mit der zu zögernden Klärung der Eigentumsverhältnisse, behindert jedoch die Innenstädte, zumal es gleichzeitig zu einem schnellen Aufbau des großflächigen Einzelhandels an der Peripherie kam. Die folgenschwersten Fehlallokationen gehen auf die politisch ausdrücklich gewollten Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietgesetz zurück. Bis Ende 1996 (im Altbau bis 1998) gab es die Möglichkeit, Investitionen beispielsweise in Wohn- und Gewerbeimmobilien steuerlich im ersten Jahr zu 50 Prozent abzuschreiben.

Unter enormem Zeitdruck setzte in der Folge dieser 1991 in Bonn getroffenen Entscheidung ein beispielloser „Super-Schweinezyklus“ ein, in dessen Verlauf alle Bauträger im Hinblick auf ihre jeweiligen Planungs-, Bau- und Vermietungsphasen einem zeitlich synchronen Muster folgten. Alle begannen in etwa zeitgleich mit der Grundstückssuche, alle beauftragten im Anschluß daran nahezu zeitgleich ihre Architekten, alle reichten ihre Pläne annähernd zeitgleich zur Genehmigung ein, besorgten sich das Eigenkapital und die Finanzierung; alle mußten ihre Baumaßnahmen zu den gesetzten Terminen abschließen mit dem Ergebnis, daß alle zeitgleich Mieter für ihre neuerrichteten Wohnungen und Büros suchten: Probleme waren vorprogrammiert. Das Motiv „Steuerabschreibung“ dominierte und führte zu erheblichen Vorzieheffekten. In wenigen Jahren wurde gebaut, was allenfalls in 20 Jahren gebraucht wird. Allein aus der Logik des Vermeidens von Steuern bauten westdeutsche Kapitalanleger weitgehend am Markt vorbei: oft ohne Marktuntersuchungen, oft die falschen Wohnungstypen am falschen Standort, zu teuer und oft in einfacher Einheitsarchitektur. Die Architekten erlebten so über einige Jahre zwar einen Auftragsboom; Handwerksbetriebe entstanden und Bau-

arbeiter wurden eingestellt. Die Bauindustrie konnte ein Auftragsplus verbuchen. Nach Auslaufen der Steuervergünstigungen jedoch zeigte sich, daß es sich lediglich um ein Strohfeuer gehandelt hatte, das gegen Ende der neunziger Jahre wieder weitgehend erlosch.

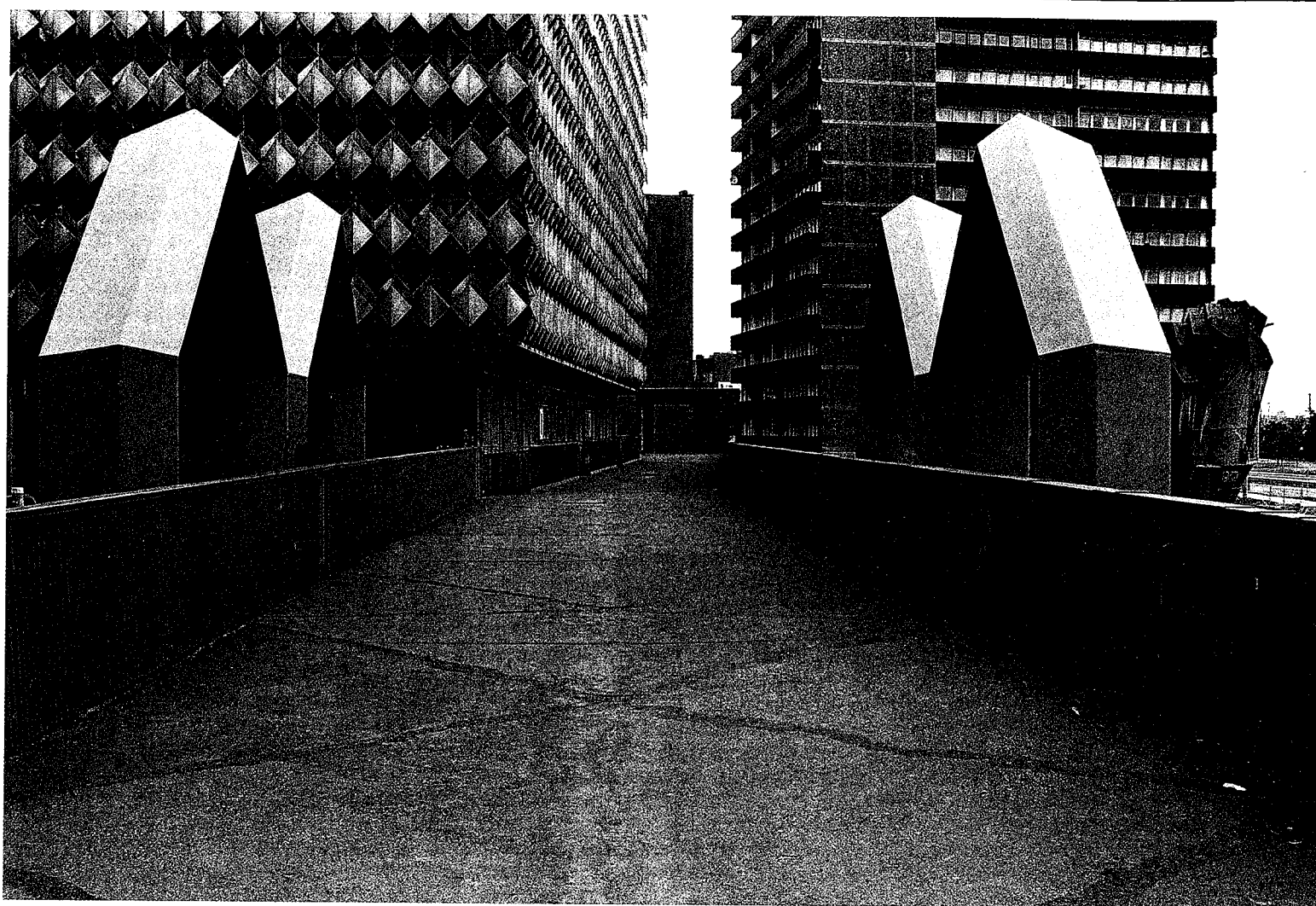
Geblieben sind nicht vermietbare (oder nicht kostendeckend vermietbare) Überangebote auf dem Wohnungs- und Gewerbeflächenmarkt. Gravierender allerdings ist der längerfristige Schaden: Weit entfernt, vom Markt zu lernen, breitet sich Subventionsattentismus aus. Es entsteht das gefährliche Amalgam einer Transferökonomie, bei dem die Akteure ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Signale der Nachfrage, sondern – nach dem Windhundprinzip – darauf richten, wo und unter welchen Bedingungen Finanzhilfen des Bundes, des Landes oder der EU wirken.

Der ostdeutsche Sonderfall

Wie dramatisch sich die Zukunftsaussichten der Städte eingetrübt haben, mag das Beispiel der Stadt Schwedt an der Oder – auf halbem Wege zwischen Berlin und Stettin – belegen, die Kanzler Schröder kürzlich besuchte, um den bedrohten Städten im Osten seine Unterstützung zuzusichern. Schwedt ist prototypisch, die Probleme dieser Stadt wiederholen sich ähnlich in Wolfen, Wittenberg, Hoyerswerda, Neubrandenburg, Stendal, Sangerhausen, Leinefelde und Nordhausen, aber auch in den größeren Städten wie Leipzig, Magdeburg, Rostock, Cottbus, Chemnitz und Halle.

Schwedt wurde nicht – wie andere Städte – völlig deindustrialisiert. Trotz Arbeitslosigkeit von über 25 Prozent sind knapp 20 000 Menschen noch immer in Lohn und Brot, davon 4000 in der Industrie. Das ehemalige petrochemische Kombinat wurde privatisiert und floriert, wenn auch mit reduzierter Belegschaft, zudem gibt es zwei Papierfabriken, eine davon mit neuester Technologie. Die Bevölkerungsprognostiker des Landes Brandenburg haben dennoch für die Stadt, die 1989 noch 51 000 Einwohner zählte, unter Status-quo-Bedingungen einen Rückgang der Einwohnerzahlen auf 22 000 im Jahr 2040 errechnet, wobei der Anteil der Kinder von heute 35 Prozent auf acht Prozent absinken wird.

Was hinter diesen nackten Zahlen steckt, ist nicht sofort erkennbar: Es wandern vor allem die gut ausgebildeten, jüngeren Menschen ab, sei es



1
Halle an der Saale
Foto: Gerhard Ullmann

in Richtung Berlin oder gleich in die prosperierenden süd- und westdeutschen Städte, wo ihnen der Arbeitsmarkt realistische Aussichten auf einen Job offeriert. Vor die Alternative gestellt, sich entweder in der Uckermark von ABM-Stelle zu ABM-Stelle durchzuhangeln oder im Westen schnell eine neue berufliche Perspektive aufzubauen, ziehen viele die zweite Möglichkeit vor, insbesondere soweit sie eine Fachausbildung oder ein Studium absolviert haben. Zurück bleiben ältere Menschen, aber auch jüngere Unqualifizierte, die mit unzureichender Berufsausbildung kaum Aussicht auf Arbeit haben und im rechtsradikalen Milieu Orientierung zu finden glauben. Einer Aussage des zuständigen Arbeitsamtsdirektors zufolge besitzen zwei Drittel der regi-

strierten Arbeitslosen keine adäquate Berufsausbildung. In der sozialen Mitte bluten die Städte aus.

Ein zweites Beispiel: Leipzig. Die Stadt hat bereits Bevölkerungsverluste von 100 000 Menschen hinter sich, und weitere Verluste sind absehbar. Sie gehen auf drei Faktoren zurück. Neben der Abwanderung in den Westen und neben dem Rückgang der Geburten, die auch hier greifen, wirkt sich die nachholende Randwanderung ins Umland aus.

Das eigene Heim mit Garten in Verbindung mit dem Motiv der Vermögensbildung treibt auch im Osten vor allem Familien mit Kindern dazu, im Umland ein Reihenhaus, Doppelhaus oder freistehendes Einfamilienhaus zu erwerben. In den neunziger Jahren bauten zunächst vor allem Kapitalanleger aus dem Westen im Umland, jetzt wird die Nachfrage von den Selbstnutzern aus dem Osten getragen, nachdem ihre Bausparverträge nach und nach zuteilungsfähig werden.

Hier wirkt sich ein nachholender Wohnungswertewandel aus: In den Motiven des Wegzugs spiegelt sich die Ablehnung des einst als Fortschritt gesehenen Wohnungs- und Lebensmo-

dells in der Großsiedlung. Man will nicht mehr im 15. Stock eines WBS 70 wohnen, in Plattenwohnungen, die auch nach der Modernisierung immer noch als zu klein erlebt werden mit ihren unflexiblen Grundrissen, mit engen unbelichteten Bädern und einfallslosen Standardküchen.

Haushalte mit zwei Berufstätigen sind die prädestinierte Zielgruppe; sie können sich den Umzug in die Neubausiedlungen am Stadtrand am ehesten leisten. Die städtebaulichen, ökologischen, sozialen und kommunalwirtschaftlichen Folgen sind bekannt: Leerstand sowohl in den Innenstädten als auch – zunehmend – in den sanierten Großsiedlungen; Überbesatz mit großflächigen Einzelhandelseinrichtungen am Stadtrand; Abwanderung der Kaufkraft über die Stadtgrenzen; fehlende Kinder und Schließen der innerstädtischen Kindertagesstätten und Schulen; Erosion der kommunalen Steuereinnahmen; Zunahme des Pendlerverkehrs und überlastete innerstädtische Straßennetze.

Abwanderung ins Umland ist allerdings für sich genommen keine Besonderheit ostdeutscher

Städte. Die westdeutschen Städte kennen diesen Trend seit Jahrzehnten, aber das Tempo ist höher im Osten, und vor allem fehlen die Nachrücker, die die Stadtrandwanderung im Westen letztlich als revolvierenden Prozeß erträglich erscheinen ließen.

Es ist eine Besonderheit des Ostens, daß den Fortzügen über die Stadtgrenze kaum Zuzüge von Ausländern gegenüberstehen; der Ausländeranteil in den ostdeutschen Städten ist in den neunziger Jahren kaum gestiegen und liegt mit vier Prozent immer noch weit unter den 20 bis 25 Prozent Frankfurts, Dortmunds oder Stuttgarts; die „Gastarbeiter“, wie sie damals hießen, die in Bremen-Vahr, Köln-Chorweiler oder Stuttgart-Neugereuth in die frei werdenden Wohnungen einzogen, als die typischen deutschen Mittelschichtsfamilien ihr Haus am Stadtrand bauten, fallen im Osten als Nachfragende auf dem Wohnungsmarkt weitgehend aus.

Eine zweite Besonderheit läßt sich ebenfalls am Beispiel Leipzigs zeigen. Die ostdeutschen Städte stehen vor dem Dilemma, daß trotz hoher Leerstände – sowohl im unsanierten Altbau, in modernisierten, zu teuren Altbauten und in der Platte (ungünstiges Preis-Leistungs-Verhältnis) weiterhin Wohnungsbedarf besteht, weil das Angebot nicht zur Nachfrage paßt. Erstere hinkt dem sich schnell wandelnden Wohn-Zeitgeist hinterher. Insbesondere junge Familien treffen nicht auf das Angebot, das ihren Bedürfnissen nach Eigentumsbildung entspricht. Für den Osten ist bezeichnend: Mittelfristig werden Unter- und Überversorgung gleichzeitig nebeneinander den Wohnungsmarkt prägen.

Die wohnungspolitische Kommission, die ihren Bericht zur Lage in Ostdeutschland unter Vorsitz des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters Hinrich Lehmann-Grube im November 2000 dem Bundesverkehrs- und Bauminister übergab, sagt deshalb: Obwohl die Zahl der dauerhaft leerstehenden Wohnungen bis 2030 auf 1,75 Millionen Wohnungen ansteigen wird, wird trotzdem gleichzeitig weiterer Bedarf nach Wohnraum bestehen, allerdings nach anderen Wohn- und Eigentumsformen, insbesondere nach modernisierten und privatisierbaren Altbauwohnungen einerseits und nach Einfamilienhäusern mit Garten, sei es am Stadtrand oder als Stadthäuser in den Kernstädten. An der Eigentumspolitik scheiden sich die Geister.

Leerstände in Altbau und Platte

In den ostdeutschen Städten prallen die Gegensätze hart aufeinander: modernste Gebäude oder restaurierte Denkmäler unmittelbar neben Brache oder Ruine. Das seinerzeitige Bundesbau-

ministerium hat die Mittel der Städtebauförderung nach 1990 deutlich von West auf Ost umgesteuert. Bund und Länder haben mehr als 500 Städte und Gemeinden gefördert und damit erreicht, daß sichtbare Teilbereiche der Innenstädte erneuert und aufgewertet wurden – oft modellhafte Architektur mit intensiver Förderung und Bündelung verschiedenster öffentlicher Programme. Gefährdete Gebäude wurden zunächst mit Sofortmaßnahmen gesichert (Dach, Eingangstür, Fenster, Fundamente), um den weiteren Verfall zu stoppen, und dies auch bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen; dennoch ist die Stadterneuerung in den ostdeutschen Städten – angesichts der Dimension des aufgestauten Instandhaltungsdefizits – insgesamt noch ein Fragment, denn nebenan schreitet der bautechnische Verfall schneller fort, als er durch Sanierung aufgehalten werden kann.

Gerade in den kleinen und mittleren Städten, die den 2. Weltkrieg weitgehend unbeschädigt überstanden hatten, erreicht der Grad des Verfalls ein nach westlichen Maßstäben unbekanntes Ausmaß. Restaurierte Fachwerkhäuser oder gründerzeitliche Altbauten sind zwar beliebt, soweit sie zentral liegen, nicht zu teuer sind, hinsichtlich ihres Standards hinreichend nachgerüstet wurden und das Umfeld ruhig und grün ist. Oft allerdings werden Altbauwohnungen – nach Modernisierung – zu unerschwinglichen Mieten angeboten; zum Beispiel im Vergleich zum seriellen Reihenhauses am Stadtrand. Im Unterschied zur Sanierung der Platte, steht die Revitalisierung der Innenstädte noch am Anfang, und oft konzentrieren sich die Leerstände gerade hier, in den heruntergekommenen, noch nicht sanierten Gebäuden der Innenstädte.

In der mittelalterlichen Altstadt von Quedlinburg stehen beispielsweise trotz jahrelanger Stadterneuerung und Gebäuderestaurierung etwa die Hälfte der 700 denkmalgeschützten Fachwerkhäuser leer; auch andernorts sind alte Häuser bautechnisch nicht mehr bewohnbar (undichte Dächer, Schwamm in Balken und Wänden, keine Bäder, keine Heizung und keine zeitgemäßen Elektroleitungen). Ohne Instandsetzung und Modernisierung finden sich keine Mieter, zumal, wenn diese zudem noch an lauten Ausfallstraßen, hinter Bahndämmen oder in Nähe von Industriebrachen liegen; die Quote des Wohnungsleerstandes überschreitet in den noch nicht sanierten Altstadtquartieren nicht selten die 20-Prozent-Marke, in einzelnen Bereichen Magdeburgs liegt sie über 30 Prozent, in Zwickau und Görlitz teilweise bei 40 Prozent.

Der zweite Problemtyp betrifft die ungewisse Zukunft der Großsiedlungen. Für die Sanierung der in industrieller Großtafelbauweise erstellten Wohnungen hat der Bund seit 1990 mit einem Kraftakt und 70 Milliarden Mark über die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellt, so daß heute nach zehn Jahren gut zwei Drittel aller Plattenbauten mehr oder weniger durchgreifend

erneuert sind (Durchschnittskosten 1000 Mark/Quadratmeter; die Zahlen beziehen sich auf Berlin und Brandenburg). Zweifellos hat es die Wohnungspolitik zunächst geschafft, die Großsiedlungen zu stabilisieren. In Berlin liegt die Leerstandsquote in den 270 000 Plattenwohnungen bei vier Prozent und damit deutlich unter dem Stadtdurchschnitt von acht Prozent.

Dennoch kann man für die Großsiedlungen keine Entwarnung geben, denn die Welle der Fortzüge aus den Großsiedlungen und damit der Leerstände schwillt erneut an. Betroffen sind sowohl die noch nicht modernisierten Bestände, wie auch die bereits modernisierten, jedoch zu teuren Wohnungen (unattraktives Preis-Leistungs-Verhältnis). Immer mehr Haushalte zieht es – obwohl Befragungen den modernisierten Plattenwohnungen eine inzwischen hohe Wohnqualität attestieren (das Umfeld bedarf allerdings oft noch der Aufwertung) – an den Stadtrand, wo das kosten- und flächensparende Einfamilienhaus angesichts niedriger Zinsen als Alternative lockt. So dürfte die Quote der Wohnungsleerstände in der Platte künftig stark zunehmen. In Jena-Lobeda erreicht der Leerstand elf bis zwölf Prozent, in Halle-Neustadt neun Prozent, in Wittenberg aber bereits 19 Prozent.

Betroffen sind auch hier vor allem die unsanierten Wohnungen; im letzten Drittel der Plattenbauwohnungen kumulieren sich die Probleme. Aufgespart wurden in der Regel die schwierigsten Wohnungen mit dem höchsten Sanierungsbedarf. Angesichts besonders hoher Kosten der Instandsetzung oder Modernisierung bei gleichzeitig ungewissen Vermietungsaussichten, werden die Wohnungsgesellschaften (und die Banken) allmählich vorsichtig und streichen ihre Pläne für weitere Erneuerungsmaßnahmen zusammen. Die Folge: Auf dem Wohnungsmarkt zeichnet sich eine Polarisierung ab. Die schon modernisierten (und mit Subventionen finanzierten) Wohnungen werden gehalten, während die noch unmodernisierten allmählich mangels Nachfrage aufgegeben werden. Sie werden als nicht mehr wirtschaftlich sanierbar eingestuft, um sie nach und nach vom Markt zu nehmen.

Müssen deshalb 400 000 Wohnungen abgerissen werden, wie dies die wohnungspolitische Kommission empfiehlt, um den Wohnungsmarkt zu stabilisieren und Zusammenbrüchen der zu meist kommunalen Wohnungsgesellschaften vorzubeugen? Sicherlich, unvermietbare Woh-

nungen, die mit dem Kapitaldienst der Neu- und Altschulden belastet sind, treiben die kommunalen Wohnungsunternehmen in den absehbaren Ruin. Sicherlich, es gibt Städte, die auf absehbare Zeit nie wieder ihre alten Einwohnerzahlen erreichen werden und sicherlich wird man den Abriß in den Städten wie Schwedt, Leinefelde, Wolfen und Hoyerswerda, in denen die Plattenwohnungen dominieren, eher befürworten als in den mittelalterlichen Stadtkernen von Wittenberg, Quedlinburg, Görlitz, Brandenburg oder Mühlhausen.

Dennoch, bevor der Abriß verfügt wird, sollte man die Gegenargumente berücksichtigen und über Alternativen zum Abriß nachdenken. Da die Baugenehmigungszahlen für den freien und den sozialen Mietwohnungsbau in Ost wie West dramatisch zurückgehen und neue Programme des sozialen Mietwohnungsbaus nicht in Sicht sind, könnten die Kommunen bereits in wenigen Jahren Probleme haben, Haushalte mit geringen Einkommen kostengünstig (zu niedrigen Wohnstandards) unterzubringen. Könnte es sein, daß die Politik in einigen Jahren froh sein wird, noch über Reserven an freien bezahlbaren Wohnungen (inclusive Platte) verfügen zu können? Sieht man die stadt- und wohnungspolitischen Probleme im Kontext längerer historischer Wellen, so könnte das Gebot lauten: nicht Abriß, sondern „Einmotten“ und Konservieren auf Zeit; das heißt Vorhalten der unvermietbaren Bestände für schlechte Zeiten.

Qualifizierte Zuwanderung als Überlebenschance

Kann Zuwanderung die Aussichten der Städte verbessern? Der Ausländeranteil in den ostdeutschen Städten liegt – wie oben bereits gesagt – derzeit noch weit unter dem der westdeutschen Städte. Nicht zuletzt aufgrund des schwierigen Arbeitsmarktes findet Zuwanderung aus dem Ausland kaum statt. Zuwanderung ist in der Regel arbeitsplatzdeterminiert; nur bei Aussicht auf Jobs ziehen Menschen zu. Die wirtschaftliche Stabilisierung ist letztlich die Voraussetzung. Hier liegt einer der Schlüssel zur Lösung der Krise der ostdeutschen Städte. Wenn sie gelingt, dann – hier herrscht Einigkeit – nur mit bester Ausbildung und einem Mehr an *Know-how*. Abwanderung der Talente ist Gift; die Städte brauchen Zuwanderer, und diesen müssen die Kommunen Ver-

günstigungen bieten, ähnlich wie Preußen mit dem Edikt von Potsdam 1685 Oranier, Hugenoten, Salzburger und Juden ins Land holte.

Die Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern steht – um Wolfgang Thierse zu zitieren – „auf der Kippe“. Die Wirtschaftskraft, die Produktivität, das Innovationspotential und die Quote der überlebensfähigen Firmenneugründungen sind zu gering, um in genügender Zahl neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Inseln gleich haben es einzelne ostdeutsche Unternehmen zwar geschafft, im Hinblick auf Produktivität und Export zur westlichen Konkurrenz aufzuschließen. Die Mehrzahl der Industriebetriebe aber hat sich vom Strukturbruch nach der Währungsunion nicht erholen können; besonders schwer wiegt in einem auf Wissen und technologische Vorsprünge angewiesenen Land, daß der Stamm der Facharbeiter und insbesondere die Mitarbeiter in den Forschungsabteilungen der ehemaligen Kombinate nicht gehalten und systematisch umgeschult wurden. Heute, zehn Jahre nach der Vereinigung, sind diese in alle Winde verstreut. Kernbereiche hat die Treuhand zwar privatisieren können. Ein neuer Mittelstand muß sich aber erst mühsam heranbilden und Nischen suchen, in denen kapitalkräftige Konkurrenten ihnen Luft lassen. Ein Blick in die Statistik zeigt: Der wirtschaftliche Aufholprozeß Ost stockt seit 1996, also seit dem Auslaufen der Steuervergünstigungen. Die Produktivitätslücke hält sich hartnäckig. Gemessen an der Höhe der Arbeitslosigkeit bleiben die Perspektiven im Osten auch langfristig düster.

Die Wirtschaftsunternehmen in den neuen Bundesländern – nicht nur des Handels und der konsumbezogenen Dienste, sondern vor allem des verarbeitenden Gewerbes – können mittelfristig nur dann von Transferzahlungen aus den alten Bundesländern unabhängig werden und sich nachhaltig im Sinne eines sich selbst tragenden Aufschwungs konsolidieren, wenn sie eine international wettbewerbsfähige Basis erhalten. Dies setzt steigende Bildungsinvestitionen, Zuwanderungsanreize für Hochqualifizierte und verstärkte Investitionshilfen für Betriebe voraus, die in einem vom Bundeskanzler moderierten „Wirtschaftspakt“ mit dem Ziel festgeschrieben werden, private und öffentliche Investitionen langfristig verbindlich aneinander zu koppeln.

Bund und Länder hätten in den neunziger Jahren mehr in die Ausbildung investieren müssen und weniger in den ABM; Arbeitslose nur zu beschäftigen, statt sie zu qualifizieren, ist nicht hinreichend. Daß der Wirtschaft heute – trotz annähernd vier Millionen Arbeitslosen – vor allem Hochqualifizierte fehlen, hätte man früher wissen können. Jetzt erst in der Bildungspolitik umzuschalten ist zwar richtig, kommt aber zu spät und dauert – bis Wirkungen erzielt werden – zu lange.

Der Blick richtet sich deshalb sowohl auf die alten Bundesländer, als auch auf das westliche

Europa und auf das östliche Europa, wenn es um den Nachholbedarf bei Bildungsinvestitionen geht. Aus allen Richtungen Menschen zum Umzug nach Ostdeutschland zu bewegen, dafür müßte über völlig neue Anreize nachgedacht werden: Steuervorteile für Unternehmen und Beschäftigte in „freien Wirtschaftszonen“, Erleichterungen und Neugründungsförderung auch für Ausländer; über den Verkauf von unbewohnbaren Altbauwohnungen zu 1 DM mit der Verpflichtung zur Herrichtung und zur Selbstnutzung, über Ausbildungsangebote für Lehr- und Studienwillige oder über schnelle Einbürgerung und Wahlrechte.

Künftig dürfte sich am sogenannten Qualifikationsmix, also am Anteil der Hochqualifizierten unter allen Beschäftigten, entscheiden, welche Stadt, welche Wirtschaftsregion im globalen Wettbewerb die Nase vorn hat. Nicht nur international, auch im Vergleich zu München, Stuttgart und Frankfurt liegen die ostdeutschen Städte zurück. Nach wie vor werden auf dem lokalen Arbeitsmarkt zu wenig Absolventen mit Hochschulabschluß und zu viele Unqualifizierte beschäftigt. Dieses Defizit erstreckt sich über alle Berufe. Es fehlen nicht nur Software-Spezialisten, sondern auch Medienfachleute, Ingenieure, Geisteswissenschaftler und andere, egal woher.

Hier zeigen sich erneut Nebenfolgen einer in ihren Zielen zu eng abgesteckten Ausländerpolitik, denn nach Deutschland zieht es inzwischen weniger die Talente, sondern eher die Problemfälle. Wie sich an der mageren Bilanz der Anwerbung von Computerfachleuten per Greencard zeigt, bevorzugen Spitzenkräfte, wenn sie ihr Heimatland zu verlassen bereit sind, andere Länder: England, Kanada, USA, Australien und Neuseeland, aber auch die Niederlande, Frankreich und Skandinavien, weil sich herumgespröhen hat, daß es dort Neuankömmlingen leichter gemacht wird, legal Arbeit zu finden oder sich mit einem eigenen Unternehmen selbständig zu machen.

Talentierte Zuwanderer könnten nicht nur den prognostizierten demographischen Knick ausgleichen: Sie könnten dem Innovationsstau abhelfen und das Tempo des Strukturwandels in Richtung auf wirtschaftlich globale Wettbewerbsfähigkeit forcieren. Kommt es zu einer Kehrtwendung in der Migrationspolitik und zur gezielten Steuerung der Einwanderung (ohne Vernachlässigung der Aufnahme aus humanitären Gründen), so entschärfen sich zweifellos viele Fragen, vor denen schrumpfende Städte ansonsten stehen werden.

Ostdeutsche Städte sind derzeit nicht attraktiv für junge hochqualifizierte Menschen aus dem Ausland. Die Bundesrepublik setzte in den neun-

ziger Jahren auch hier falsche Signale. Erst langsam beginnt sich die Einsicht durchzusetzen, daß gesteuerte Zuwanderung von außen ein Gewinn und nicht nur eine Belastung ist. Auch die Länder können mehr tun, indem sie ihre Kulturhoheit aktivieren und ausländische Studenten mit international ausgerichteten Hochschulen und großzügigen beruflichen Ausbildungsplätzen locken und ihnen anschließend helfen, im Land den Einstieg ins Berufsleben zu finden oder sich selbständig zu machen. Statt die dynamischsten, aufstiegsorientierten jungen Talente bewußt anzuziehen und hier zu binden, schottet sich das Land ab. Offenbar sind gerade die Qualifizierten nicht gewünscht. Ausländische Studenten müssen beispielsweise – so die herrschende Praxis – unmittelbar nach Absolvierung ihres Exams ihr Gastland verlassen und in ihre Heimatländer zurückkehren. Die Politik hat noch nicht begriffen, daß Wirtschaftsregionen künftig untereinander nicht nur um Betriebsansiedlungen, sondern vor allem um junge qualifizierte und qualifizierbare Menschen konkurrieren werden.

Arbeitsplatzangebote sind das beste Mittel, um die Abwanderung zu stoppen, sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken und insbesondere junge Menschen aus dem In- und Ausland zum Umzug in ostdeutsche Städte zu veranlassen. Andere Länder haben ihre Strategien geändert, indem sie zum Beispiel gezielt qualifizierte Einwanderer anwerben und ihnen bei der Gründung von „minority businesses“ helfen, wissend, daß aufstiegsmotivierte Ausländer – spätestens in der zweiten oder dritten Generation – überdurchschnittlich zur Wertschöpfung und zum Entstehen neuer Arbeitsplätze beitragen.

Intelligente Stadtentwicklungskonzepte für schrumpfende Städte enden nicht bei stadt- und wohnungspolitischen Strategien, sondern sollten über Ressortgrenzen hinweg multidisziplinär entworfen werden. Ohne wirtschaftliche Stabilisierung kann keine Lösung erwartet werden, und wirtschaftliche Stabilisierung hängt von der Bildungspolitik ebenso wie von Migrationspolitik ab. Soziale Verantwortung ist ebenso im Blick zu behalten wie die ökologische.

Berücksichtigt man, daß der Mietwohnungsbau dramatisch zurückgeht und daß neue Programme des sozialen Mietwohnungsbaus nicht in Sicht sind, so wird man in einigen Jahren froh sein, noch über Reserven an freien bezahlbaren Wohnungen (inklusive Platte) verfügen zu können. Sieht man das demographische Problem im Kontext längerer historischer Wellen, so lautet das Gebot nicht Abriß, sondern „Einmotten“ und Konservieren auf Zeit: Vorhalten der Bestände für schlechtere Zeiten.

Reagiert die Politik vorausschauend und schnell genug? Geht man von den demographischen Prognosen und der Notwendigkeit aus,



2

die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, so bleibt der Bundesregierung früher oder später gar keine andere Wahl, als ein Einwanderungsgesetz zu erlassen. Wie lange aber wird die zeitliche Verzögerung sein, bis die Politik handelt und bis die gezielte Aufnahme von Ausländern greift, um die Städte zu füllen? Nehmen die Städte in der Zwischenzeit irreparablen Schaden?

2 Halle an der Saale
Foto: Gerhard Ullmann